

1 Die Linke Bezirksverband Berlin-Mitte

2 10. Hauptversammlung, 1. Tagung

3 16.11.2024

4

## 5 **L 1 Leitantrag**

6 Antragssteller: Bezirksvorstand

7

### 8 **Die Linke Berlin: Für starke Bezirke in einer weltoffenen Stadt – unser** 9 **Zuhause der Vielfalt und Toleranz!**

10 Mietenwahnsinn und Verdrängung, monatelanges Warten auf Termine bei Amt  
11 oder Ärzten, geschlossene Eckkneipen und Clubs, verspätete und überfüllte  
12 Busse und Bahnen, schlechtes Schulessen, kein schlüssiger Plan zur  
13 Armutsbekämpfung, fehlende Versorgung von obdachlosen und  
14 wohnungslosen Menschen und, und, und ... Doch was tun der Schwarz-Rote  
15 Senat und die Ampel auf Bundesebene?

16 CDU und SPD in Berlin geben der inneren Sicherheit den Vorrang gegenüber  
17 wirksamer Armutsprävention, stoppen den Radwegeausbau und streichen den  
18 Klimaschutz. Das Spardiktat des Landes versetzt freie Träger und Bezirke in  
19 Angst und Schrecken, denn sie werden gezwungen, wohnortnahe  
20 Versorgungseinrichtungen zu schließen. Der Bund kürzt seine Programme,  
21 sanktioniert die Ärmsten in der Gesellschaft durch sein „Bürgergeld“ und schafft  
22 weitere Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen zu Lasten von  
23 Bundesländern und Kommunen. Gleichzeitig fließen Milliarden in die Aufrüstung.  
24 Es drohen massive Streichungen der Mittel für Jugendarbeit, Schulsozialarbeit,  
25 Schulden- und Mietenberatung, in Senior\*inneneinrichtungen, Familienzentren,  
26 beim Öffentlichen Gesundheitsdienst im ganzen Land wie auch bei uns im  
27 Bezirk. Ganz nebenbei sollen die Zuständigkeiten ineffizienter  
28 Senatsverwaltungen auf Kosten der Bezirke ausgeweitet werden. Als Linke  
29 Berlin Mitte lassen wir uns das nicht bieten!

30 Als Partei der Mieter\*innen, der Stadtteilinitiativen und der vielen Engagierten in  
31 dieser Stadt setzen wir uns für ein solidarisches Berlin mit starken Bezirken ein.  
32 Dafür muss der Bezirkshaushalt in Mitte auskömmlich ausgestattet sein. Wir als  
33 Die Linke fordern eine effiziente und bedarfsorientierte kommunale  
34 Versorgungsstruktur für Jung und Alt, für gesetzlich versicherte und nicht  
35 versicherte Menschen, für all jene, die von Armut bedroht und von  
36 Diskriminierung betroffen sind.

37 Zur Sicherung der sozialen und medizinischen Infrastruktur setzen wir auf  
38 kommunale Einrichtungen des betreuten Wohnens, einen adäquat  
39 ausgestatteten Öffentlichen Gesundheitsdienst, der Menschen mit

40 erschwertem Zugang zum Gesundheitssystem versorgt, auf die Sicherung der  
41 Kitaplätze in den Eigenbetrieben sowie auf niedrigschwellig erreichbare  
42 Tagesstätten und Übernachtungsmöglichkeiten für obdachlose und  
43 wohnungslose Menschen.

44 Repression gegen Obdachlose und Suchtkranke ist keine Lösung, wie sich am  
45 Leopoldplatz zeigt. Polizeiliche Maßnahmen haben die Verdrängung von  
46 suchtkranken Menschen mit negativen Auswirkungen für Anwohnende entlang  
47 der U-Bahnlinien in Mitte zur Folge. Als Linke Berlin Mitte fordern wir einen  
48 Sozialgipfel, der sich den Themen Wohnungsnot, psychische Erkrankungen,  
49 Suchthilfe, Kälte- und Hitzeschutz sowie der Versorgung geflüchteter  
50 Menschen widmet und landesweit koordiniert wird. Ein Gebäude am  
51 ehemaligen Kaufhaus Karstadt Müllerstraße könnte Räume für Nachbarschaft  
52 und Kultur, für medizinische Unterstützung und soziale Einrichtungen bieten.

53 CDU und SPD streben eine Verwaltungsreform an, die die Landesebene stärkt  
54 und die unserer dezentralen und wohnortnahen Versorgung die Grundlage  
55 entzieht. Ohne Rücksicht auf langfristige Auswirkungen sollen die seit Jahren  
56 auf Effizienz getrimmten Bezirke noch mehr einsparen. Das bedeutet die  
57 Einschränkung der Pflichtleistungen und die Streichung aller sogenannten  
58 „freiwilligen“ sozialen Leistungen – der Schuldenbremse sei Dank. Dazu kommt,  
59 dass Landes- wie Bundesebene den Fokus auf die angeblich zu hohen  
60 Ausgaben, statt auf die Einnahmen legen. Deshalb fordert die Linke den Senat  
61 auf, die Bundesregierung zu einer Abkehr von der Schuldenbremse zu  
62 bewegen.

63 Es braucht eine Vermögenssteuer, es braucht eine Erbschaftssteuer und die  
64 Besteuerung von großem Reichtum auf Bundesebene, um auch die Kommunen  
65 auskömmlich auszustatten. Eine gute Verwaltungsreform bedeutet für uns  
66 Zentralisierung nur dort, wo sie Sinn ergibt. Den Verwaltungsebenen ihre  
67 Aufgaben und Ressourcen zuzuweisen darf keine Rosinenpickerei sein.  
68 Beschlüsse zur landesweiten Steuerung müssen vom Land stringent umgesetzt  
69 werden, während den Bezirken Handlungsspielräume und politische  
70 Schwerpunktsetzungen möglich sein müssen. Das System der Kosten-  
71 Leistungs-Rechnung, das die Bezirke in eine künstliche Konkurrenz  
72 untereinander drängt, das Leistungsniveau und die zur Verfügung stehenden  
73 Mittel systematisch nach unten drückt, muss durch ein bedarfsorientiertes und  
74 effizientes Finanzierungsmodell für die kommunal zu leistende Arbeit ersetzt  
75 werden.

76 Die gesellschaftliche Großwetterlage steht nicht im Zeichen des Fortschritts:  
77 Die Folgen von Kriegen und Krisen werden spürbarer, Klimakatastrophen  
78 häufen sich. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer und erzeugt  
79 starke Verunsicherung, die letztendlich den Rechten nutzt. Das zeigen die  
80 Wahlergebnisse im Osten. Sie sind auch die Folge einer Ampel-Politik, die  
81 wesentlich soziale Fragen nicht löst und die Menschen im Stich lässt. Wir sind  
82 froh, Teil einer Partei zu sein, die als einzige menschenfeindlicher Hetze

83 entgegentritt, das Asylrecht verteidigt und gegen die Rechten klare Kante zeigt.  
84 Wir lehnen die Debatten über die Normalisierung des Krieges, die  
85 Wiedereinführung der Wehrpflicht und noch mehr Aufrüstung, die von der AfD  
86 bis zur SPD mitgetragen werden, entschieden ab. Wir wenden uns gegen eine  
87 Politik nach der Devise „Kanonen-statt-Butter“. Wir stehen an der Seite derer,  
88 die sich gegen Aggression verteidigen. Wir lehnen Waffenlieferungen ab und  
89 fordern humanitäre Hilfe und Diplomatie statt Waffen. Wir brauchen  
90 Deeskalationsstrategien, Abrüstung und zivile Lösungsansätze: Wir fordern:  
91 Kein Profit mit dem Tod von Menschen.

92 Anfang 2025 starten wichtige Tarifkämpfe in Bereichen wie dem öffentlichen  
93 Dienst oder der Systemgastronomie. Viele der Beschäftigten wohnen bei uns in  
94 Berlin Mitte. Wir werden alle Tarifkämpfe solidarisch unterstützen, die  
95 Beschäftigten in den Krankenhäusern, bei der Ent- und Versorgung und in den  
96 Ämtern stärken. Mehr für euch ist besser für uns alle. Zusammen geht mehr!

97 Wir kämpfen für den Wiedereinzug unserer Partei in den Bundestag. Dafür  
98 starten wir mit einer Gesprächsoffensive an Haustüren und Infoständen, um uns  
99 in der Klasse der Lohnarbeitenden vor Ort zu verankern, uns noch intensiver mit  
100 den Erwartungen unserer Wähler\*innen auseinanderzusetzen und diese in das  
101 Bundestagswahlprogramm einzubringen. Millionen Menschen spüren, dass es  
102 in diesem Land nicht gerecht zugeht, dass zivile Konfliktlösungen zu kurz  
103 kommen. Nach ihrer Meinung muss der Klimaschutz eine Gerechtigkeitsfrage  
104 sein, denn die Würde des Menschen ist unteilbar. Für diese Menschen und mit  
105 ihnen machen wir Politik. Wir intensivieren unsere Angebote der Sozial- und  
106 Mietenberatung über die neu gegründete Arbeitsgruppe „Die Linke hilft“. In  
107 diesem Sinne wollen wir unsre Partei wieder zu einem Haus der Hoffnung  
108 machen. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Packen wir es an!